

+++ Pressemitteilung +++
Berlin, 10. Mai 2022

Senat versucht Verkehrswende auszubremsen

Der Berliner Innensenat hat Bedenken bei der Verfassungsmäßigkeit des „Berliner Gesetzes für gemeinwohlorientierte Straßennutzung“. Der Volksentscheid Berlin autofrei möchte die Straßen im S-Bahn-Ring mit diesem Gesetz zugunsten von umweltfreundlicher Mobilität umwidmen. Statt parkender und fahrender Autos soll mehr Platz frei werden für Fuß-, Rad- und öffentlichen Nahverkehr. Sollte auch der gesamte Senat den Volksentscheid ablehnen, muss das Landesverfassungsgericht den Gesetzentwurf prüfen. Während der Senat argumentiert, das Gesetz sei unverhältnismäßig, sieht die Initiative gerade in der Vorherrschaft des Autos die Unverhältnismäßigkeit.

*„Unser Gesetz haben viele erfahrene Jurist*innen erarbeitet, geprüft und verbessert. Es ist nicht nur verhältnismäßig, sondern dringend notwendig, dass wir den Autoverkehr in Berlin deutlich reduzieren: Die Klimakrise rast auf uns zu und es sterben weiterhin viel zu viele Menschen im Straßenverkehr. Es gibt einfach kein Recht auf unbegrenztes Autofahren.“* sagt Benni Wasmer, Sprecher vom Volksentscheid Berlin autofrei.

„Dem Innensenat scheint der politische Wille und Mut zu fehlen, diese Probleme ernsthaft zu lösen. Aber sollte der Senat uns vor das Landesverfassungsgericht schicken, scheuen wir diesen Weg nicht. Wir werden nicht locker lassen, sondern den Senat weiter unter Druck setzen: Eine echte Verkehrswende ist überfällig!“ sagt Nina Noblé.

Ein vom Verkehrssenat in Auftrag gegebenes Gutachten erläutert, dass die Bewertung der Verhältnismäßigkeit weniger eine juristische, sondern vielmehr eine politische Wertungsfrage sei. Für die Verfassungskonformität ist die wichtigste Frage, ob das Gesetz verhältnismäßig ist. Im Gutachten vom 17. September 2021 heißt es *„Verstöße gegen das Recht der Europäischen Union, die Verfassung von Berlin oder sonstiges Bundesrecht, insbesondere die Straßenverkehrsordnung, liegen nicht vor.“* Benni Wasmer kommentiert: *„Vor dem Hintergrund dieses Gutachtens ist die Entscheidung des Innensenats nicht nachvollziehbar. Gleichzeitig schätzen wir unsere Chancen vor dem Landesverfassungsgericht als sehr gut ein.“*

„Der Senat hat eine Verzögerungstaktik gefahren. Schon zu Anfang Januar hätte eine Bewertung vorliegen sollen – noch immer gibt es keine finale Position des Senats. Das bremst ehrenamtliche Initiativen massiv aus, welche die Verkehrswende vorantreiben wollen.“ kritisiert Nina Noblé.

Mehr als 50.000 Berlinerinnen und Berliner haben den Gesetzentwurf der Initiative Volksentscheid Berlin Autofrei im vergangenen Sommer unterstützt. Die Initiative möchte den Autoverkehr im S-Bahn-Ring deutlich reduzieren. Der Nahverkehr ist dort bereits sehr gut ausgebaut, sodass Berliner*innen auch ohne Auto komfortabel und schnell an ihr Ziel kommen. Ein Berlin mit weniger Autoverkehr wäre lebenswerter und klimafreundlicher: Frei werdende Flächen würden zu Spielräumen, Parks, Rad- oder Gehwegen. Berliner*innen kämen sicherer an ihr Ziel, unzählige Verletzungen und Tode würden vermieden.

*„Derzeit werden dem Auto 60 Prozent des Straßenraumes eingeräumt, obwohl nur 14 Prozent der Wege im Ring damit zurückgelegt werden. Diese Dominanz des Autos ist unverhältnismäßig. Derzeit müssen sich die Menschen unterordnen, die nachhaltig unterwegs sind. Dasselbe gilt für mobilitätseingeschränkte Verkehrsteilnehmer*innen, die im Straßenraum ständig gefährdet sind“,* sagt Benni Wasmer.

Nach der Stellungnahme des Innensenats muss sich im nächsten Schritt der gesamte Senat mit dem Volksentscheid befassen. Sollte dieser den Gesetzentwurf ablehnen, muss das Landesverfassungsgericht über die Verfassungskonformität des Gesetzentwurfs entscheiden. Das beauftragte Gutachten attestiert hierzu: *„Der Gesetzentwurf der Volksinitiative ‚Volksentscheid Berlin autofrei‘ ist formell mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin ist gegeben.“* Eine rechtskonforme Auslegung des Gesetzes sei daher möglich.

Das Berlin der Zukunft

Mit dem Volksentscheid „Berlin autofrei“ möchten wir die Innenstadt innerhalb des S-Bahn-Rings von einem Großteil der Autos befreien. Dadurch wird Berlin zu einer lebenswerteren Stadt, unsere Straßen werden deutlich leiser und die Luft viel angenehmer zum Atmen. Kinder können eigenständig und sicher zur Schule gehen, aber auch Radfahrer*innen und Fußgänger*innen brauchen keine Angst mehr vor dem Autoverkehr zu haben. In einem autofreien Berlin wird es mehr Platz für alle geben – egal ob für Sport, zum Spaziergehen oder Spielen. Natürlich sind notwendige Autofahrten weiterhin möglich, beispielsweise für die Feuerwehr, Busse, Lieferverkehr oder mobilitätseingeschränkte Menschen. In dieser lebenswerten Stadt der Zukunft müssen Berliner*innen nicht mehr zwischen schnell oder sicher abwägen, sondern können auf dem Weg zu ihrem Ziel beides vereinen.

Um diese Vision zu realisieren, haben wir ein Gesetz ausgearbeitet, über das alle Berliner*innen in einem Volksentscheid abstimmen sollen: Gemeinsam entscheiden wir, wie Berlins Straßen und unsere Mobilität der Zukunft aussehen sollen.

Über uns

Wir sind eine Initiative aus ehrenamtlich engagierten Berliner*innen, die bereits seit Herbst 2019 den Volksentscheid für ein autofreies Berlin ausarbeitet. Unter uns sind leidenschaftliche Radfahrerinnen, Fußgänger und Genießerinnen des gut ausgebauten Nahverkehrs in Berlin. Einige von uns haben Kinder, die in einer lebenswerten Stadt aufwachsen und angstfrei am Straßenverkehr teilnehmen möchten. Wir sind überparteilich und unabhängig von Institutionen oder Organisationen.

-

Volksentscheid Berlin autofrei
volksentscheid-berlin-autofrei.de/

Pressekontakt:
0174 - 86 11 709
presse@volksentscheid-berlin-autofrei.de
tw: [@VBerlinautofrei](https://twitter.com/VBerlinautofrei)